

KURZ UND PRÄGNANT

18 Anträge für Gemeindefusionen

Wie Innenstaatssekretär Udo Götze im Landtag informierte, liegen derzeit 18 Anträge auf freiwillige Gemeindefusionen vor. Daran seien 65 Gemeinden aus zwölf Landkreisen beteiligt. In einigen dieser Fälle gehe es um die Eingliederung kleiner Gemeinden in Städte, wie Schleusingen, Stadt-ilm, Saalfeld oder Schmalkalden. Noch bis Ende Oktober haben Gemeinden Zeit für freiwillige Zusammenschlüsse, um die geforderte Mindestgröße von 6.000 Einwohnern zu erreichen. Das Land unterstützt die Gemeinden finanziell. Das Ministerium geht weiterhin davon aus, dass innerhalb der Freiwilligkeitsphase die meisten der kleinen Gemeinden Beschlüsse für Fusionen fassen und die Neugliederung beantragen. ■

Einbürgerungen in Thüringen angestiegen

Im vergangenen Jahr haben in Thüringen 601 ausländische Personen (287 Männer und 314 Frauen) durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt. Dies ist nach Angaben des statistischen Landesamtes der höchste Wert seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der eingebürgerten Personen um rund neun Prozent. Zum Zeitpunkt der Einbürgerung lebten 120 Personen in Erfurt, gefolgt vom Ilm-Kreis (50 Personen) und der kreisfreien Stadt Jena (47 Personen). Die wenigsten Einbürgerungen gab es im Landkreis Altenburger Land (vier), im Saale-Orla-Kreis (fünf) und im Landkreis Sonneberg (acht).

Die Einbürgerung erfolgte bei 46 Prozent aus einer europäischen, bei 39 Prozent aus einer asiatischen und bei sieben Prozent aus einer afrikanischen Staatsangehörigkeit heraus. Nach den drei häufigsten Staatsangehörigkeiten untergliedert stellten Vietnamesen mit 65 Einbürgerungen bzw. elf Prozent die größte Gruppe, gefolgt von Personen aus der Ukraine (45 Personen bzw. sieben Prozent) und aus Rumänien (37 Personen bzw. sechs Prozent). Von den eingebürgerten Personen waren 17 Prozent unter 18 Jahre alt. Der Großteil (64 Prozent) war zwischen 18 bis unter 45 Jahre alt, gefolgt von der Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen mit 16 Prozent. 172 Personen (29 Prozent) hielten sich zum Zeitpunkt der Einbürgerung bereits schon mindestens 15 Jahre in Deutschland auf. Bei 286 Personen (48 Prozent) betrug die Aufenthaltsdauer 8 bis 14 Jahre. ■

„Die Anwohner hätten Kreuze aufgestellt“

Katharina König in der Landtagsdebatte zu den Lügen der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion hatte am 22. März eine Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gesetzt mit dem Titel „Die Anwendung des Versammlungsrechts in Thüringen bei Aufrufen zu Gewalt bzw. zu kriminellen Handlungen durch Veranstalter“. Dazu sprach für die Fraktion DIE LINKE Katharina König. Sie sagte u.a. (Auszüge aus dem Plenarprotokoll):

Zum Glück ist ja die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags dahingehend geändert worden, dass man die Aktuellen Stunden jetzt auch begründen muss. Sonst wäre ich zumindest davon ausgegangen, dass die AfD hier ihre eigenen Demonstrationen, die sie in Erfurt veranstaltet hat, auf die Tagesordnung setzt, denn bei Demonstrationen von Herbst 2015 bis Mai 2016 kam es von Teilnehmern im Umfeld der AfD-Demonstrationen zu insgesamt 43 Straftaten, die als politisch motiviert rechts eingeordnet werden, darunter zehn Menschen, die durch diese Teilnehmer verletzt wurden. Unter anderem wurde auch ein Elektroschocker eingesetzt.

Insofern glaube ich, dass es an dieser Stelle wichtig wäre, sich mal ganz stark zurückzunehmen, bevor man hier Menschen, die sich dafür einsetzen, dass wir möglichst alle zusammenleben können, egal welcher Religion, welcher Hautfarbe, welcher Nationali-

tät, bevor man denen einen Gewaltaufruf unterstellt, der sich im Übrigen aus dem Aufruf der AKE überhaupt nicht ergibt, sondern man sollte vor seiner eigenen Tür kehren. Das wäre zumindest angemessen.

Abgesehen davon ist ja der Ausgangspunkt der Aktuellen Stunde der AfD-Fraktion nichts anderes als eine pure Lüge, denn Sie behaupten ja, dass sich die Demonstration dagegen richten würde, dass dort Anwohner Kreuze (in Erfurt-Marbach, wo die Ahmadiyya-Gemeinde eine Moschee bauen will, d.R.) aufgestellt hätten. Um es klar zu sagen: Es waren keine Anwohner, die diese Kreuze aufgestellt haben, sondern es waren Personen, die dem rechten bis extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, nämlich Ein-Prozent-Mitglieder und auch Identitäre. Frau Henfling (Abgeordnete der Grünen-Fraktion, d.R.) hat da schon eine Person erwähnt, ich will eine zweite erwähnen, nämlich den Herrn Kaupert, der sich übrigens selbst damit brüstet, diese Kreuze aufgestellt zu haben.

Dies sei als kleiner Hinweis an die noch ermittelnden Polizeibeamten gemeint – vielleicht können sie sich ja mal bei ihm melden und entsprechend auch agieren. Der ist nämlich Mitglied bzw. im Umfeld der Jungen Nationalen, der Jugendorganisation der NPD, aktiv gewesen, mit denen auch im Zeltlager oder Feldlager – wie auch immer das bei den Neonazis heißt – unterwegs

gewesen. Möglicherweise hat er dort auch Feldhamster entdeckt. Unter anderem die Feldhamster werden ja jetzt als Grund herangeführt, warum man die Moschee dort nicht bauen könnte. Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob durch das Hereinrammen der Kreuze in ein Grundstück, welches nicht den Personen gehört, möglicherweise die Feldhamster zerquetscht wurden und damit einer der Widersprüche gegen den Moscheebau sozusagen schon ausgemerzt wurde.

Die AfD bezeichnet in ihrer Begründung zur Aktuellen Stunde die AKE, die Antifaschistische Koordination Erfurt, als eine linksextremistische Gruppierung. Dabei könnte es die AfD doch selbst besser wissen, denn sie hat im letzten Jahr eine Große Anfrage zum Thema „Extremismus“ gestellt, „Links- und Rechtsextremismus“, und da in der Frage 26 u.a. abgefragt, ob denn das offene Jugendbüro „filler“ der DGB-Jugend Erfurt finanzielle Mittel erhalten hätte, denn diese wären ja Mitglied in der linksextremistischen „antifaschistischen Koordination Erfurt“. Darauf antwortete die Landesregierung – und ich bitte dann auch mal, die Antworten entsprechend einzuordnen, und nicht weiterhin trotz besseren Wissens Lügen zu verbreiten: „Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bewertung der ‚antifaschistischen Koordination Erfurt‘ (ake) als linksextremistisch liegen im Übrigen nicht vor.“ ■

Frauen und Männer aus zwölf Ländern zu Gast im Landtag

Es passte gut: Am 21. März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, war auf Einladung der LINKE-Wahlkreisabgeordneten Ina Leukefeld eine Besuchergruppe aus Suhl im Thüringer Landtag zu Gast.

Frauen und Männer aus zwölf Ländern, die gerade einen „Deutschkurs für Nichtmuttersprachler“ bei Tibor, der Gesellschaft für Bildung, Beratung und Vermittlung, in Suhl absolvieren. Einige von ihnen Geflüchtete aus Syrien, weg vom Krieg, andere aus Vietnam, Kolumbien oder Rumänien. Nicht wenige schon geraume Zeit in Deutschland und froh, ihre Sprachkenntnisse dank engagierter Lehrerinnen und Lehrer grundlegend verbessern zu können. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Arbeit zu finden oder eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen zu können. Wie der junge Syrer Ibrahim, der zu Hause Physik studiert hatte und in Deutschland gerne ein Medizinstudi-



um aufnehmen würde.

Ina Leukefeld und die Flüchtlingspolitik der Linksfraktion, Sabine Berninger, hörten aufmerksam zu, denn „Ihr seid die Wichtigsten, wenn um Vorschläge und Erfahrungen zur verbesserten Integration geht“. Im Suhl. Rat-

haus findet eigens dazu im Mai eine Konferenz statt. „Wir sind eine internationale Stadt“, betonte die Abgeordnete. 1.600 Menschen aus 82 Ländern leben in Suhl.